

sten Fastenaktion wieder bitten wird“ (Le Figaro, 27. 6. 86).

Einen „Kompromiß“ wird man daher die von den Bischöfen eingeleiteten Regelungen nicht nennen können – dafür stellen sie sich trotz der strukturellen Veränderungen im Grunde zu kompromißlos hinter das Hilfswerk (vgl. *Actualité Religieuse dans le Monde*, Juillet-Août 1986, S. 9). Und was zunächst vielleicht so aussieht, als wollten die Bischöfe den „Eigenmächtigkeiten des CCFD in Zukunft einen Riegel vorschieben“ (Klaus Hurwe, in: KNA, 28. 6. 86), ist doch nicht mehr als der Übergang zu einer „überwachten Freiheit“ (Le Monde, 27. 6. 86). Wobei man allerdings beim CCFD weiterhin in vorsichtiger Zurückhaltung der kommenden Entwicklung entgegensieht. Der 6-Punkte-Plan konnte zwar von den Bischöfen „in Zusammenarbeit mit dem CCFD und in Übereinstimmung mit ihm“ veröffentlicht werden, das Votum des Comité National fiel jedoch recht nuanciert aus: Sieben Mitglieder wollten erst ihr Votum abgeben, wenn die Beratungen über ein noch zu erstellendes Aufgabenheft des CCFD, das es bislang nicht gibt, weiter gediehen sind. 15 Mitglieder stimmten der Erklärung mit der Einschränkung zu, daß man lieber ausführlicher beraten hätte. Und nur fünf stimmten vorbehaltlos zu.

Maurras läßt grüßen

Wie immer die Diskussion auch weitergehen wird, es ist deutlich geworden, daß es letztlich nicht einzelne Projekte sind, die den Unmut rechter Kreise Frankreichs hervorgerufen haben. Über Sinn und Berechtigung einzelner Projekte ließe sich durchaus streiten – sogar das CCFD nimmt in dieser Frage ein Recht auf Irrtum für sich in Anspruch. Im übrigen ist aber auch von deutschen Stellen zu erfahren, daß sich die französische Mittelvergabe in der Substanz von derjenigen vergleichbarer europäischer Hilfswerke nicht unterscheidet – über die Zusammenarbeit im Rahmen der CIDSE, eines internationalen Zusammenschlusses der Fastenaktionen,

hat man gegenseitig Einblick in die Arbeit.

Der Unmut hat mit mangelnder Einsicht in die Notwendigkeit und Berechtigung von Entwicklungsarbeit in kirchlicher Trägerschaft zu tun. In diesen Kreisen hat man offenbar bis heute noch nicht „Populorum progressio“ rezipiert und tut sich schwer mit einem Papst, der sich die „Option für die Armen“ zu eigen macht. Man hat es bis heute nicht verstanden, warum das Hilfswerk nicht mehr nur CCF (gegen den Hunger), sondern CCFD (gegen den Hunger und für die Entwicklung) heißt. Man ist zwar für Hungerhilfe und Mission – was darüber hinausgeht, ist schnell kommunismusverdächtig. Und so macht man sich eine Grundstimmung in der französischen Öffentlichkeit zunutze, in der Kritik und Selbstkritik an man-

chen Illusionen eines „Tiersmondisme“ der siebziger Jahre zu hören sind, in der versucht wird, einen Keil zwischen die französischen Bischöfe und den Papst zu treiben in Sachen Katechese und Theologie der Befreiung, und in der einem eine Kirche mißfällt, die gegen jede Form von Ausländerfeindlichkeit zu Felde zieht. – So etwas hat im übrigen Tradition in Frankreich: Bernard Holzer sprach von „maurassischen Scherereien“, die der Kirche in Frankreich bevorstehen könnten – eine Anspielung auf den Gründer der von Pius XI. 1926 verurteilten Action Française, *Charles Maurras* (1868–1952). Die Action Française versuchte, die Kirche als einen gesellschaftlichen Ordnungsfaktor in ihrem Kampf für antidemokratische und royalistische Ziele zu benutzen. K. N.

Brasilien: Die Landreform drängt

Bundeslandwirtschaftsminister *Ignaz Kiechle* berichtete Mitte August nach einer Brasilienreise ausführlich über die dort heftig umkämpfte Agrarreform, ohne aber wertend Stellung nehmen zu wollen. Er besuchte unter anderem ein neues Siedlungsgebiet in Rondonia, einem Bundesstaat an der Grenze zu Bolivien – Neuland im tiefsten Innern des Kontinents, das die Regierung an Siedler aus dem nordöstlichen Landesteil verteilt hatte. Es komme jedoch auch zur Verteilung von nichtgenutzten Ländereien, deren Besitzer für die Enteignung mit Schuldscheinen des Staates entschädigt würden, berichtete Kiechle.

Mit dem letzten Satz des deutschen Ministers ist der gegenwärtige Stand der Dinge sehr exakt wiedergegeben. Es kommt in der Tat zu Landverteilungen, wenn auch nicht annähernd in dem von der Regierung *José Sarney* vorgesehenen Ausmaß.

Am 27. Mai 1985 verkündete der Präsident dem 4. Nationalkongreß der Landarbeiter und damit der ganzen Nation seine Pläne zur Reform der Landwirtschaft. Das reformistische, auf Modernisierung und Produk-

tionssteigerung zielende Programm schrumpfte aber unter dem Druck der Großgrundbesitzer zu einem im Oktober verkündeten „Dekret über die Agrarreform“, das den Interessen der Landbesitzer weitgehend Rechnung trägt. Immerhin versprach Präsident Sarney 1,4 Millionen der zwölf Millionen landlosen Kleinbauern Brasiliens bis 1989 die Zuteilung von Grund und Boden samt Besitztitel, insgesamt 43 Millionen Hektar.

Die Zahl gewaltsamer Konflikte nimmt zu

Die Erfassung der Berechtigten und die Landzuteilung gehen jedoch nur sehr schleppend voran. Nach Auskunft von *Daniel Rech*, eines Mitarbeiters der kirchlichen Landfragen („Pastoral da Terra“), sind bis März 4000 Familien erfaßt worden. Über die notwendigen Enteignungen muß jedoch in Dreiviertel der Fälle noch gerichtlich entschieden werden. Im Juli trat Landwirtschaftsminister *Nelson Ribeiro*, auf den die Landarbeiterorganisationen und die katholische

Kirche große Hoffnungen gesetzt hatten, wegen zu geringer Unterstützung seiner Reformpolitik im Kabinett zurück; der am ursprünglichen Reformprogramm maßgeblich beteiligte Präsident des nationalen Agrarinstituts, *José Gomes da Silva*, war bereits vorher ausgewechselt worden.

Die in letzter Zeit drastisch zunehmende Zahl gewaltsamer Landkonflikte erklärt sich zum einen mit der im großen und ganzen unverändert gebliebenen Rechtslage, zum anderen mit den heftigen Reaktionen auf die bloße *Ankündigung* einer umfassenden Reform, die „Facendeiros“ (Grundbesitzer) und „Posseiros“ (landlose Bauern) sensibilisierte.

Die Landnahmen in Brasilien erfolgten seit der Unabhängigkeit von Portugal (1822) und der Aufhebung der Sklaverei (1888) nach ein und demselben Prinzip: Die private Initiative griff dem Recht vor, um ihm später Genüge zu tun. Wer erst Herr über große Ländereien war, verfügte in der Regel auch über den Einfluß, die nötigen Rechtstitel zu erwerben. Auch das „Heimstättengesetz“, das schon im letzten Jahrhundert als Rechtsanspruch existierte, gewährt dem Siedler das Recht, auf Staatsland ein Grundstück von einer bestimmten Hektarzahleinzuzäunen und registrieren zu lassen, das spätestens nach zehn Jahren in seinen Besitz übergeht. 1946 wurde das „Landstatut“ verfaßt, ein Rahmengesetz für eine Agrarreform, das auch bereits die Rückgabe kaum oder gar nicht genutzten Großgrundbesitzes vorsah. Die politischen Machtverhältnisse ließen jedoch die Durchführung einer solchen Großreform bis heute nicht zu. Gültig ist nach wie vor das Gesetz 4504, das mit dem Ziel einer „besseren Verteilung des Grundes und Bodens“ dem Posseiro lebenslange *Nutzungsrechte* zugesteht, wenn er länger als fünf Jahre ein brachliegendes Land bebaut sowie seine Pacht- und Steuerabgaben entrichtet. Einschränkend heißt es allerdings: „Der an der Nutzung Gehinderte kann sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen.“

Der erbitterte Kampf um das Land zur Zeit des Kaffeebooms und der erfolgreich kolonisierenden europäischen Siedler auf Kosten der Subsistenzwirtschaft treibenden Kleinbauern wiederholt sich heute als direkte Folge des seit zehn Jahren vorangetriebenen exportorientierten Wirtschaftsmodells. Während staatliche Anreize vor allem für Großbetriebe ganze Agrarindustrien (und massive Bodenspekulationen) in Gang setzen, verschulden sich die bäuerlichen Kleinbetriebe mit (ungünstigeren) Krediten für Saatgut, Dünger usw., vor allem in den neuen Siedlungsgebieten (in Rondonia und Mato Grosso), und verlieren so das Land an die Bank. Die Landkonzentration in Brasilien hat in den letzten 20 Jahren enorm zugenommen: 1967 waren 75,8 Prozent der bäuerlichen Einheiten als Minifundien, 21,8 Prozent als Latifundien eingestuft. 1978 waren 8,8 Prozent als Kleinbetriebe registriert, 86,5 Prozent als meist extensiv genutzter Großgrundbesitz (Angaben des brasilianischen Instituts für Sozial- und Wirtschaftsanalysen IBASE 1984). Die Landverteilung in Relation zur Bevölkerung: 1,2 Prozent der ländlichen Bevölkerung kontrollieren 45,8 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, 50,4 Prozent der Bauern besitzen 2,4 Prozent des Landes (Angaben der Brasilianischen Bischofskonferenz, die auf staatlichen Statistiken beruhen).

Scharfe Reaktionen der Kirche

So wenig die Agrarreform in der praktischen Durchführung greift, so stark polarisiert sie die öffentliche Meinung. Die Großgrundbesitzer haben sich zu einer „Demokratischen Land-Union“ (UDR) zusammengeschlossen, gleichzeitig entstehen überall im Land regionale Bauernorganisationen, oft von der katholischen Kirche ermutigt und unterstützt. Die Regierung in Brasilia sieht sich Angriffen von beiden Seiten ausgesetzt, obwohl bzw. weil sie in den letzten Monaten kaum mehr Beschwichtigungsversuche unternahm. Erschwe-

rend wirkt sich auch die unter der neuen Regierung begonnene Dezentralisierung der politischen Zuständigkeiten aus. Vor allem die Landarbeiterführer klagen darüber, daß die Behörden auf kommunaler oder Bezirksebene noch leichter unter den Einfluß der Facendeiros geraten als übergeordnete Instanzen, die sich nun nicht mehr zuständig fühlten.

Der offensichtliche rechtlose Zustand der Landarbeiter und Kleinbauern hatte die katholische Kirche schon Mitte der siebziger Jahre auf den Plan gerufen. Die Brasilianische Bischofskonferenz (CNBB) erkannte 1976 die von Bischöfen des Amazonasgebiets gegründete Kommission „Pastoral da Terra“ an, die inzwischen 19 regionale und zahlreiche diözesane Sekretariate hat. Ihre Arbeit, die heute vor allem in der Rechtsberatung, dem Rechtsbeistand für die Kleinbauern und in der Stärkung von Landarbeiterorganisationen liegt, wurde unter dem Militärregime als subversiv betrachtet, von der neuen Regierung zunächst grundsätzlich begrüßt.

Mit Schrecken registrierte die Kirche vor Ort, die Pfarrer und Pastoralarbeiter, in den letzten Monaten, daß die Großgrundbesitzer nicht wie bisher vereinzelt, sondern in großer Zahl dazu übergehen, mißliebige Siedler mit Privatpolizei und gemieteten „Pistoleiros“ zu vertreiben oder ihre Führer ermorden zu lassen. Am 10. Mai wurde der Priester *Jósimo Moraes Tavares* im Auftrag von Großgrundbesitzern in Imperatriz im Bundesstaat Maranhão auf offener Straße erschossen. In der ersten Jahreshälfte 1986 sind mindestens 120 Landarbeiter auf dieselbe Weise umgekommen.

Als Präsident Sarney am 10. Juli in Rom mit Papst *Johannes Paul II.* zusammentraf, hatten in Brasilien die gegenseitigen Anschuldigungen und Proteste zu einer regelrechten Konfrontation zwischen Kirche und Regierung geführt. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, *Ivo Lorscheiter*, hatte der Regierung vorgeworfen, sie habe taube Ohren für alles, was die Agrarreform voranbringen könne: „Die Reform steht still. Wir leben wie

in den schlimmsten Zeiten der Diktatur, wo jeder, der die Interessen der Landarbeiter verteidigt, verfolgt und verleumdet werden kann.“ Kardinal *Aloisio Lorscheider* von Fortaleza klagte öffentlich über die Untätigkeit der Sicherheitskräfte, wenn Arme ermordet würden, und über die durchgängige Straflosigkeit für die Täter. Seit Jahren suchten Großgrundbesitzer insbesondere die kirchlichen Basisgemeinschaften systematisch als kommunistische revolutionäre Zellen zu verleumden. Jeder, der an der Seite der Bauern für das Recht eintrete, gelte als Unruhestifter. Da solle man doch gleich auch den Papst und die brasilianischen Bischöfe verhaften, empfahl Kardinal Lorscheider nach der Festnahme von acht Mitgliedern einer Basisgemeinschaft im Juli. Justizminister *Brossard* erklärte daraufhin, die Agrarreform sei Sache der Regierung, nicht die einer „politisierten Kirche, die Marx mit ihrer Diktion noch übertrifft“. In Maranhão

sollen indessen dortige Bischöfe den Gouverneur *Luiz Rocha* mit Kirchenstrafen belegt haben.

Papst Johannes Paul II. hat, so viel wurde aus dem Gespräch bekannt, Präsident Sarney gegenüber erklärt, die Landreform dürfe nicht scheitern, „weil sie eine Angelegenheit der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie ist“. Damit führte der Papst den von Regierung und interessierten Machtgruppen – kirchliche konservative Kreise nicht ausgeschlossen – hochgespielten Konflikt mit der Kirche auf das ihm zugrunde liegende politische Problemfeld zurück. Wenn die Regierung die versprochene Agrarreform nicht zügig vorantreibt, werden die illegalen Landbesetzungen und damit die gewaltsamen und blutigen Vertreibungen überall im Land zunehmen. Wenn die Großgrundbesitzer den Verlust kleiner Stücke Brachland, für die sie auch noch entschädigt werden sollen, nicht hinneh-

men, so argumentieren die Bauernorganisationen, dann ist die Landnahme durch *Posseiros* so etwas wie Notwehr gegen den Hunger. Und illegaler als die Landnahme durch die jetzigen Herren seien ihre Besetzungen ohnehin nicht.

Die Kirche ist in der Sache also eher Nebenschauplatz, insoweit involviert, als sie gar nicht anders kann, als denen beizustehen, die unter Lebensgefahr ihr Recht auf ein Stück Land geltend machen wollen. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz hat sich mit Nachdruck gegen gewaltsame Landnahmen ausgesprochen, friedliche Besetzungen von brachliegenden Ländereien aber nicht grundsätzlich verurteilen wollen. Das ist keine extreme Position. Wer dies der Kirche dennoch vorwirft, lenkt von politisch und sozial Vorrangigem ab und setzt sich dem Verdacht aus, die ohnehin kritisch beäugte brasilianische Kirche ins Gerede bringen zu wollen. G. B.

Was sich in den Familien ändert

Fragmente aus zwei Allensbach-Studien

Im Vergleich zu den unzähligen, fast jedes Jahr in vorbereitbarer Reihenfolge erscheinenden Jugendstudien, so kann man den Eindruck haben, erfreue sich die Familie keiner auch nur einigermaßen vergleichbaren Aufmerksamkeit der empirischen Sozialforschung. Zwar gehört die Familienforschung insgesamt – einschließlich der in regelmäßigem Abstand erscheinenden Familienberichte der Bundesregierung – ebenfalls zu den Institutionen und Lebensbereichen, die der wissenschaftlichen wie der politischen Aufmerksamkeit sicher sein können. Aber gerade die Demoskopie scheint in der Familiensoziologie nicht gerade ihr bevorzugtes Betätigungsfeld gefunden zu haben. Meist muß man sich Familiendaten mühsam aus den verschiedenen Mehrzweckumfragen zusammensuchen. Dies ist um so erstaunlicher, als die Familie mehr als jede andere Gruppe oder gesellschaftliche Einrichtung vom gesellschaftlichen und kulturellen Wandel betroffen ist und von der Familie und deren Funktionswandel zahlreiche verändernde Einflüsse auf andere Bereiche des menschlichen Zusammenlebens ausgehen. Deswegen seien hier wenigstens einige Fragmente aus zwei neueren sozialempirischen Studien festgehalten.

Der Beitrag der Demoskopie zum Verständnis der aktuellen Familiensituation braucht nicht überschätzt zu wer-

den. Die meisten Daten spiegeln ohnehin nicht die reale Situation, sondern sind von Idealprojektionen durchsetzte Gesinnungs- und Stimmungsbilder. Zwei Studien aus jüngerer Zeit, beide von Allensbach kommend, deren Ergebnisse seit vorigem Jahr vorliegen, aber publizistisch bisher wenig beachtet wurden, enthalten jedoch ausreichendes Material, um Schlüsse und Rückschlüsse aus den Gesinnungen und Stimmungen auf das reale Verhalten zu und in der Familie und die davon ausgehenden Veränderungen zuzulassen.

Im einen Fall handelt es sich um einen auf familiensoziologische Fragestellungen konzentrierten Auszug aus der sog. „Wertestudie“, einer von einer internationalen Stiftung finanzierten, 1981 in 10 Ländern (9 westeuropäischen und den USA) durchgeführten und inzwischen auf eine Anzahl weiterer Länder (auch des ostasiatischen Raums) ausgedehnten vergleichenden Umfrage zum Wertewandel (vgl. dazu die erste provisorische Gesamtauswertung von *Jean Stoetzel* „Les valeurs du temps présent. Une enquête européenne, PUF, Paris 1983). Die zweite Studie basiert auf einer im Auftrag des Stuttgarter Sozial- und Familienministeriums von Allensbach durchgeführten Repräsentativbefragung in und für Baden-Württemberg, in deren Auswertung aber – wie in dem